

## **A N T R A G**

### **Interfraktionell**

Dissidenten-Fraktion

SPD-Fraktion

Fraktion Die LINKE

### **Gegenstand:**

Gedenkort an der ehemaligen Außenstelle des KZ Flossenbürg in Dresden

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. in Gespräche mit dem Eigentümer der Fläche Fritz-Schreiter-Straße 40 einzutreten. Ziel soll sein, die dortigen Überreste der ehemaligen Außenstelle des Konzentrationslagers Flossenbürg in Dresden-Großschachwitz (Zwangsarbeiterlager) zu erhalten und einer öffentlichen Nutzung als Gedenkort zugänglich zu machen.
2. in Zusammenarbeit mit dem neu geschaffenen Beirat sowie anderen Akteuren der Erinnerungs- und Gedenkkultur eine Konzeption für einen Gedenkort zu entwickeln.
3. mit dem Freistaat Sachsen in Gespräche einzutreten, wie dieser authentische Ort der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in die Arbeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten einbezogen werden kann.

### **Beratungsfolge**

### *Plandatum*

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium)		öffentlich	1. Lesung (federführend)
Stadtbezirksbeirat Leuben		öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		öffentlich	beratend
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium)		öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

### **Begründung:**

In der Nacht vom 17. auf den 18. Februar 2024 brannte es nach dem 11.02.2022 in der alten Industrieanlage zum bereits zweiten Mal. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und ermittelt auch, ob ein politischer Hintergrund besteht.

Von Oktober 1944 bis April 1945 mussten hier ("in einem alten Fabrikgebäude") etwa 1.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in einem Außenlager des KZ Flossenbürg Rüstungsgüter herstellen. Die ersten Zwangsarbeiter:innen waren polnische Jüdinnen und Juden. Weiterhin waren offenbar auch französische Widerstandskämpfer:innen zur Zwangsarbeit eingesetzt (Quelle: gedenkplaetze.info).

Bisher handelt es sich um ein offenbar ungenutztes Industriegelände. Zusammen mit dem Beirat für Gedenkkultur, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie weiteren interessierten Kreisen wollen wir eine öffentliche Debatte über die Möglichkeiten eines Gedenkortes anregen, auch weil andernfalls die Gefahr besteht, dass die authentischen Orte der dunkelsten deutschen Geschichte zerstört werden.